Sachstandsbericht zu den geplanten Kürzungen im SGB II-Bereich im Bundeshaushaltsentwurf 2025 und die Auswirkungen für Wuppertal

Der aktuelle Bundeshaushaltsentwurf sieht vor, 2025 die Finanzmittel für die Jobcenter im Verwaltungshaushalt und im Eingliederungstitel um 1,250 Mrd. Euro zu reduzieren. Auch wenn es sich um einen Entwurf handelt, so zeichnen sich im Falle einer Verabschiedung massive Auswirkungen für das Jobcenter Wuppertal, das Maßnahmeangebot, vor allem aber für die betroffenen Menschen in dieser Stadt ab.

Nach aktuellem Verteilungsschlüssel würde die Verabschiedung des Haushaltsentwurfes eine Reduzierung der Wuppertaler Verwaltungs- und Eingliederungsmittel von 90,36 Mio. Euro in 2024 um 10,38 Mio. Euro auf 79,98 Mio. Euro bedeuten.

Was diese Reduzierung dramatisch und für die Strukturen in Wuppertal existenzbedrohend macht, ist dass es sich um die dritte massive Kürzung in Folge handeln würde.

Schon die ersten beiden Kürzungsrunden führten zu deutlichen Einschränkungen in der Trägerlandschaft und im Maßnahmeangebot. Die dritte Kürzung wäre für viele Bildungsanbieter und Beschäftigungsträger nicht mehr verkraftbar.

Dazu kommen zwei weitere Haushaltsrisiken. Zum einen stehen den wiederholten Kürzungen in den letzten beiden Jahren deutliche Steigerungen auf der Ausgabeseite von Jobcenter und Trägern gegenüber (z.B. durch teilweise zweistellige Tarifsteigerungen oder hohe Energiepreise).

Zum anderen entwickeln sich die Fallzahlen in Wuppertal deutlich besser als im bundesdeutschen Schnitt. In Deutschland stieg die Zahl der Bürgergeldbeziehenden von 2022 bis 2024 von 5,2 auf 5,6 Mio. Menschen (+400.000), während sie in Wuppertal im gleichen Zeitraum von 47.700 auf 46.400 (- 1.300) zurückging.

Dieser gegenläufige Trend hält an. Da sich der Zuteilungsschlüssel der Bundesmittel an den Fallzahlen vor Ort orientiert und dieser jährlich angepasst wird, drohen hier für Wuppertal zusätzliche Mindereinnahmen von bis zu vier Mio. Euro.

Das „Wuppertal Modell“ ist in seiner Existenz bedroht

Das Wuppertaler Modell der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen. Zum einen bietet das Jobcenter zusammen mit seinen Partnern ein umfangreiches Maßnahme- und Förderangebot an, dass passgenaue Unterstützung für den Einzelnen und seine Bedarfslage bietet. In den letzten Jahren waren dies rund 30.000 Förderungen pro Jahr, angefangen über Schuldnerberatung, Ausbildung, Coaching, Qualifizierung bis hin zu Lohnkostenzuschüssen und dem sozialen Arbeitsmarkt. Dazu gehören

- 100 außerbetriebliche Ausbildungsplätze für schwächere Jugendliche
- 700 Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Interesse
- 600 Beschäftigungsverhältnisse nach dem Teilhabechancengesetz

Zum anderen ist das Jobcenter Wuppertal nach Möglichkeit bestrebt, die Förderung des Einzelnen mit einer Wirkung auf das Gemeinwesen zu verknüpfen. Dies ist nur möglich durch die gute und verlässliche Kooperation mit lokal verankerten Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern. Beispiele für solche gemeinwesenorientierte Projekte sind:

- Bau und Pflege der Nordbahntrasse (seit Beginn sind hier über 1.800 Menschen des zweiten Arbeitsmarktes beschäftigt worden)
- Stadteilservices (100 Menschen betreuen 1.000 hilfebedürftige Menschen unmittelbar in ihrem Wohnumfeld)
- Wuppertaler Tafel (im Rahmen von Beschäftigungsprojekten tragen rund 40 Menschen wesentlich zur Funktionsfähigkeit dieser wichtigen Einrichtung bei)
- Unterstützung bei städtischen Sanierungsarbeiten (Schulen, Kindergärten, Spielplätze)
- Betrieb mehrerer Sozialkaufhäuser
- aber auch kleinere Projekte wie die Kinder- und Jugendfarm

Insgesamt hat das Jobcenter Wuppertal von 2012 bis 2024 über 498 Mio. Euro für Eingliederungsleisten ausgegeben, und (das ist bundesweit einmalig) in all den Jahren kam es zu keiner Umschichtung aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt des Jobcenters, obwohl

beide Haushalte gegenseitig deckungsfähig sind. Im Bundesschnitt hingegen schichteten die Jobcenter pro Jahr bis zu 23 Prozent ihrer Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt um.

Auch in den beiden letzten Kürzungsrunden 2023 und 2024 hat das Jobcenter Wuppertal keine Umschichtung zu Lasten des Eingliederungstitels vorgenommen. Sollte die dritte Kürzung Realität werden, wird dieser Grundsatz nicht mehr zu halten sein.

Als Folge der erneuten Kürzungen würde das verfügbare Budget für Eingliederungsleistungen auf 25 Mio. Euro sinken (plus/minus zwei Mio. Euro). Davon sind aber aufgrund von Verträgen und Verpflichtungen in 2025 schon 23 Mio. Euro gebunden (z.B. Vergaben mit mehrjähriger Laufzeit wie bei trägergestützten Ausbildungen oder Lohnkostenzuschüsse im Bereich Teilhabechancengesetz). Damit hätte sich das verfügbare Budget gegenüber 2022 von knapp über 50 Mio. Euro auf rund die Hälfte reduziert.

Alle bisher bewilligten Maßnahmen sind bis zum Ende der Laufzeit gesichert. Aber aufgrund der unklaren Haushaltslage und der bestehenden Verpflichtungen können nach aktuellem Stand keine Verlängerungen von Maßnahmen oder gar neue Maßnahmen vorgenommen werden. Dies bedeutet beispielsweise:

- Alle 700 Arbeitsgelegenheiten enden zum 31. März 2025
- Es wird keine neuen außerbetrieblichen Ausbildungsplätze in 2025 geben.
- Gemeinwesenorientierte Projekte wie die Stadtteilservices, der Spielplatzsanierungsdienst oder die Trassenmeisterei sind in ihrer Existenz bedroht.
- Alle Vergabemaßnahmen (z.B. Bewerbungs- oder Coachingzentren, externe Fallmanagementangebote) laufen aus, bzw. Optionen werden nicht gezogen.

Die Folgen der Kürzungen wären dramatisch für die Stadtgesellschaft, für die Träger und ihre Beschäftigten, vor allem aber für mehrere tausend Menschen, die einer konkreten Förderperspektive beraubt werden. Betroffen wären Langzeitarbeitslose, Zugewanderte/Geflüchtete, Frauen, junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Durch bisherige Maßnahmen eingeleitete Entwicklungsprozesse der Kunden*innen, etwa in Richtung gesundheitliche Stabilisierung, Selbstwirksamkeit oder Strukturierung des Alltags etc. müssten

abgebrochen werden. Der dadurch entstehende Schaden wäre nachhaltig.

Zum einen verringern sich dadurch die Chancen auf berufliche Integration in all ihren Facetten. Zum anderen wird vielen Menschen die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe genommen.

Durch die Kürzungen würden auch langjährig gewachsene Strukturen und Kompetenzen in der Trägerlandschaft nachhaltig zerstört.

Weitere Gefahren für Wuppertal im Kontext der SGB II-Kürzungen

Die Kürzungen können nicht isoliert betrachtet werden, weil sie in einem zunehmend unsicheren politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeld erfolgen. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Situation verschlechtern wird mit Folgen für arbeitsuchende Menschen und für Menschen, die ihre Beschäftigung zu verlieren drohen. Ein geschwächtes Fördersystem wäre darauf nicht vorbereitet.

Durch die angekündigten Bürgergeldänderungen kommen auf die Jobcenter weitere Beratungs- und Verwaltungspflichten zu. Dazu gehört eine monatliche Beratungs- und Meldepflicht für arbeitslose Bürgergeldempfänger*innen. Da aber durch die Kürzungen im Maßnahmebereich allein in Wuppertal zusätzlich bis zu 3.000 Menschen als „arbeitslos“ (statt „arbeitsuchend“ in Maßnahmen betreut) gelten, bedeutet dies einen erheblichen Mehraufwand ohne zusätzliches Personal.

Und nicht zuletzt sind durch die geplanten Kürzungen auf Landesebene begleitende Förderangebote (z.B. im Bereich Migration, Beratungsstellen und Sozialraumangebote) gefährdet.

Was wir tun (können):

Auf lokaler und überregionaler Ebene laufen derzeit eine Reihe von Initiativen, die sich gegen die geplanten Kürzungen wenden. Wuppertal ist hier wie im Vorjahr wieder einer der Vorreiter. Verbände, Träger und eine Vielzahl lokaler Akteure haben Aktionen gegen die geplanten Kürzungen durchgeführt.

Die Aktionen werden im Rahmen der Initiative „Sozial im Tal“ gebündelt und fanden ihren vorläufigen Höhepunkt am 10. Oktober im Stadion Zoo, wo über 2.000 Menschen für den Erhalt ihrer Fördermaßnahmen demonstrierten.

Die Aktion „Sozial im Tal“ und weitere lokale Akteure sind im engen Austausch mit den Wuppertaler Bundes- und Landtagsabgeordneten mit positiven Rückmeldungen. Weitere Gespräche und Aktionen stehen an.

Die positiven Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, dass Protest und Widerstand vor Ort in Berlin durchaus wahrgenommen werden. Die Aktionen im Herbst letzten Jahres haben dazu geführt, dass die Bundesregierung zumindest einen Teil der Kürzungen zurückgenommen hat.

www.jobcenter.wuppertal.de
www.sozial-im-tal.de